

Wie weit sollte Jugendpolitik gehen?

PARLAMENT DER DG

Von [Christian Schmitz](#)

1.02.2023 um 10:01 Uhr

Jugendpolitik war ein Schwerpunktthema der Plenarsitzung des Parlamentes der DG (PDG) am Montag. Grünes Licht gab es für den neuen Geschäftsführungsvertrag mit dem Jugendbüro und für einen Aktionsplan zum „Jugendstrategieplan“. Im Mittelpunkt stand bei der Diskussion auch die Frage, wie weit Jugendpolitik eigentlich gehen sollte.



Patrick Spies (SP) nahm bei der Debatte um die Jugendpolitik auch die Gemeinden in die Pflicht. | Foto: David Hagemann

Der neue Geschäftsführungsvertrag zwischen der DG-Regierung und dem Jugendbüro läuft bis 2027. Verändert hat sich vor allem das Thema Offene Jugendarbeit: In sieben von neun DG-Gemeinden wird das Jugendbüro mit der Gestaltung und der Weiterentwicklung der Offenen Jugendarbeit beauftragt. Colin Kraft (CSP) kritisierte, das Jugendbüro erfahre zu wenig Wertschätzung. Angesichts der hohen Inflation werde der Zuschuss der DG nicht ausreichen. Ohne beste Bedingungen gehe allmählich das Fachpersonal aus, und hier sei die Fluktuation ja schon sehr groß. „Die

Qualität der Jugendarbeit steht und fällt aber mit ihren Fachkräften“, so Kraft.

Freddy Mockel (Ecolo) hofft u.a. darauf, dass das „Einzelkämpferdasein“ der Jugendarbeiter aufgefangen wird. Denn dieser Umstand sei in den letzten Jahren häufig als einer der Gründe von schnellen Jobwechsell genannt. Schon lange wünschten sich Jugendarbeiter ein Team, in dem sie arbeiten können, in dem sie mehr Austausch haben, und dadurch weniger Alleinsein erfahren mit den Herausforderungen des beruflichen Alltags. Mehr Möglichkeiten biete das System, in dem nicht mehr jeder Treffe „seinen Jugendarbeiter“ hat, sondern ein Team aus acht Jugendarbeitern seine Treffs und seine aufsuchende Arbeit in den Gemeinden hat. Für Diana Stiel (Vivant) betreibt die DG fast schon zu viel Jugendpolitik. So müsse man das Konzept der Jugendtreffs infrage stellen, wenn es nicht oder zu wenig angenommen wird. Viel wichtiger sei die aufsuchende Jugendarbeit der Streetworker. Die DG sollte nicht zu viel Einfluss ausüben, sondern nur dort unterstützen, wo es einen tatsächlichen Bedarf gibt. „Eine komplette Professionalisierung des Jugendsektors lehnen wir ab“, fasste Diana Stiel zusammen.

Den Vorwurf, dass es zu wenig Mittel für das Jugendbüro gibt, konnte José Grommes (ProDG) nicht nachvollziehen. Seit 2019 seien die zur Verfügung stehenden Gelder um knapp 1 Million Euro aufgestockt worden. „Das bedeutet eine Erhöhung von 50 Prozent innerhalb der letzten vier Jahre“, rechnete er vor. „Abgesehen davon, dass während der Haushaltsdebatten die gleiche Opposition Sparmaßnahmen in den laufenden Haushalten einfordert, glaube ich, dass eine ständige Erhöhung der Mittel nicht zielführend sein kann. Dies, nebenbei bemerkt, nicht nur im Jugendbereich. Innovation und Kreativität sind besonders jetzt, in Zeiten von Fachkräftemangel, gefragt“, so José Grommes. Er, aber auch Patrick Spies (SP) und Geger Freches (PFF) mahnten außerdem an, dass sich die Gemeinden in Sachen Betreuung der Jugendlichen nicht aus der Verantwortung stehlen dürften. Der Vertrag wurde schließlich mit den Stimmen der Mehrheit verabschiedet, die CSP stimmte dagegen, während sich Vivant und Ecolo enthielten.

Ein Déjà-vu-Erlebnis dürften PDG-Beobachter verspürt haben, als es um einen Aktionsplan zum Jugendstrategieplan ging. Denn wie schon in der Vergangenheit kritisierte Colin Kraft (CSP) das gesamte Konzept bzw. wie es ausgeführt wird und zum Beispiel die damit verbundenen Sozialraumanalysen, während Freddy Cremer (ProDG) in dem Strategieplan ein wichtiges Instrument sieht, das auf der konkreten Lebenswirklichkeit der Jugendlichen in Ostbelgien basiert. Die Mehrheitsfraktionen ProDG, SP und PFF betonten den breiten Konsultationsprozess (u.a. über die Plattform Padlet) und verwies darauf, dass Themenschwerpunkte vorgegeben würden, mehr aber nicht. „Der Aktionsplan ist kein politisches Diktat“, sagte Freddy Cremer.

Doch der Reihe nach: Patrick Spies (SP) ordnete die verschiedenen Dinge ein, um der Gefahr zu begegnen, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Zurzeit gibt es die dritte Auflage des Jugendstrategieplans (2023 bis 2027). Dieser zielt darauf ab, die Situation junger Menschen in der DG zu verbessern, wobei das Thema Jugend als politische Querschnittsaufgabe verstanden wird. Die vier Themenschwerpunkte lauten gesellschaftliche Beteiligung, Digitalisierung, Emotionen und Selbstbild sowie nachhaltige Gestaltung Ostbelgiens als Lebensraum. Der Aktionsplan enthält 13 Aktionen sowie Ansätze zur Umsetzung. Und dann gibt es da noch den Jugendbericht – eine wissenschaftliche Untersuchung der aktuellen Lebenssituationen, Bedürfnisse und Problemlagen. Der erste Jugendbericht wurde im November 2018 veröffentlicht. Ein zweiter liegt aller Voraussicht nach Ende Oktober 2023 vor und beschäftigt sich mit dem „Wohlbefinden junger Menschen“. Patrick Spies betonte unter anderem die Aktionen zur Stärkung der Politischen Bildung und zur Digitalisierung.

Freddy Mockel (Ecolo) bedauerte, dass der zweite Jugendbericht erst im Herbst vorliegt, denn dieser sei ja eigentlich Grundlage, um den Strategie- und Aktionsplan zu erstellen. „Wir hätten uns auch mehr Beteiligung an diesem Plan durch die Jugendlichen selbst gewünscht. Hier hat man wohl entweder noch nicht den richtigen Draht oder nicht den richtigen Kanal gefunden“, so der Ecolo-Parlamentarier. Freddy Cremer erwiderte, die Ergebnisse des zweiten Jugendberichtes könnten noch in den Aktionsplan einfließen. Tatsächlich sollte beides besser aufeinander abgestimmt sein.

Vivant: Strategieplan mit „ein bisschen Recherche im Internet“

Diana Stiel (Vivant) verwies darauf, dass der Aufwand sehr hoch sei, während Jugendliche sich desinteressiert zeigten. Außerdem fehle die Evaluierung. „Wahrscheinlich hätte man mit ein bisschen Recherche im Internet einen Jugendstrategieplan mit seinen Aktionsfeldern aus dem Hut zaubern können, ohne großen Aufwand. Und der wäre diesem hier wahrscheinlich sehr Nahe gekommen“, sagte Stiel. Die Politik habe schlichtweg verlernt, sich selbst infrage zu stellen. Sie forderte kritisches Hinterfragen in der Gesellschaft.

Zu den Themen bezog auch Jugendministerin Isabelle Weykmans (PFF) Stellung. Was den Strategieplan und das Aktionspapier angeht, wies sie den Vorwurf zurück, hier werde mit „Kanonen auf Spatzen“ geschossen. „Die Kosten, die wir dafür mobilisieren, sind mehr als überschaubar.“ Das Personal im Ministerium werde eingesetzt. Tatsächlich wünscht auch sie sich mehr Beteiligung der Jugendlichen. Der Aktionsplan erhielt grünes Licht der Mehrheit und von Ecolo. Die CSP stimmte dagegen, Vivant enthielt sich.